

Wirtschaftssatzung der Industrie- und Handelskammer zu Rostock für das Geschäftsjahr 2015

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer zu Rostock hat in ihrer Sitzung vom 24. November 2014 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I, S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013 (BGBl. I, S. 2749), sowie der Beitragsordnung vom 28. November 2005 in der Fassung vom 18. November 2013 folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2015 (01. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015) beschlossen:

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird

1. im Erfolgsplan mit

Erträgen in Höhe von	7.481.600,00 EUR
Aufwendungen in Höhe von	9.002.400,00 EUR
geplantem Vortrag in Höhe von	0,00 EUR
Saldo der Rücklagenveränderungen in Höhe von	1.619.300,00 EUR
2. im Finanzplan mit

Investitionseinzahlungen in Höhe von	2.000,00 EUR
Investitionsauszahlungen in Höhe von	1.437.500,00 EUR

festgestellt.

II. Beitrag

1. Beitragsfreistellung
 - 1.1. Natürliche Personen und Personengesellschaften, die nicht in das Handelsregister eingetragen sind, und eingetragene Vereine, wenn nach Art und Umfang ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb nicht erforderlich ist, sind vom Beitrag freigestellt, soweit ihr Gewerbeertrag nach dem Gewerbesteuergesetz oder, soweit für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuermessbetrag nicht festgesetzt wird, ihr nach dem Einkommenssteuergesetz ermittelter Gewinn aus Gewerbebetrieb 5.200,00 Euro nicht übersteigt.
 - 1.2. Nicht im Handelsregister eingetragene natürliche Personen, die ihr Gewerbe nach dem 31. Dezember 2003 angezeigt und in den letzten fünf Wirtschaftsjahren vor ihrer Betriebseröffnung weder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbstständiger Arbeit erzielt haben, noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt waren, sind für das Geschäftsjahr der In-

dustrie- und Handelskammer, in dem die Betriebseröffnung erfolgt, und für das darauffolgende Jahr von der Umlage und vom Grundbeitrag sowie für das dritte und vierte Jahr von der Umlage befreit, wenn ihr Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, 25.000,00 EUR nicht übersteigt.

2. Als Grundbeiträge sind zu erheben
 - 2.1. von Nichtkaufleuten¹, mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb,

- von	5.200,01 EUR	
bis	15.340,00 EUR	35,00 EUR
- von	15.340,01 EUR	
bis	25.000,00 EUR	80,00 EUR
- von	25.000,01 EUR	
bis	40.000,00 EUR	130,00 EUR
- von	40.000,01 EUR	
bis	50.000,00 EUR	160,00 EUR

 soweit nicht die Befreiung nach Ziff. II.1.2. eingreift;
 - 2.2. von Kaufleuten² mit einem Verlust oder mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb,

- bis	50.000,00 EUR	160,00 EUR
-------	---------------	------------

 Dieser Mindestgrundbeitrag ist auch bei negativem Betriebsergebnis zu erheben.
 - 2.3. von allen Zugehörigen der Industrie- und Handelskammer mit einem Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb,

- von	50.000,01 EUR	
bis	75.000,00 EUR	240,00 EUR
- von	75.000,01 EUR	
bis	100.000,00 EUR	320,00 EUR
- ab	100.000,01 EUR	640,00 EUR
 - 2.4. von allen Zugehörigen der Industrie- und Handelskammer, die nicht nach Ziff. II.1.1. vom Beitrag befreit sind und die in einer der folgenden Staffeln eines von zwei Kriterien erfüllen:

- a) - mehr als 8.200.000,00 EUR Umsatz
 - mehr als 100 Arbeitnehmer
 auch wenn sie sonst nach Ziff. II.2.1. - II.2.3. zu veranlagten wären 1.250,00 EUR
 Sofern die Beitragsumlage mindestens 1.250,00 EUR beträgt, wird der Grundbeitrag auf 640,00 EUR festgesetzt.

¹ Nichtkaufleute sind Gewerbetreibende, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert.
² Kaufleute sind Gewerbetreibende, die im Handelsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert.

Auszugsweiser Nachdruck aus der Zeitschrift „WIR“ Januar/Februar 2015

- b) - mehr als 16.400.000,00 EUR Umsatz
 - mehr als 250 Arbeitnehmer
 auch wenn sie sonst nach Ziff. II.2.1. - II.2.3. zu veranlagten wären 2.500,00 EUR
 Sofern die Beitragsumlage mindestens 2.500,00 EUR beträgt, wird der Grundbeitrag auf 640,00 EUR festgesetzt.
- c) - mehr als 24.600.000,00 EUR Umsatz
 - mehr als 500 Arbeitnehmer
 auch wenn sie sonst nach Ziff. II.2.1. - II.2.3. zu veranlagten wären 5.000,00 EUR
 Sofern die Beitragsumlage mindestens 5.000,00 EUR beträgt, wird der Grundbeitrag auf 640,00 EUR festgesetzt.
- d) - mehr als 32.800.000,00 EUR Umsatz
 - mehr als 750 Arbeitnehmer
 auch wenn sie sonst nach Ziff. II.2.1. - II.2.3. zu veranlagten wären 7.500,00 EUR
 Sofern die Beitragsumlage mindestens 7.500,00 EUR beträgt, wird der Grundbeitrag auf 640,00 EUR festgesetzt.
- e) - mehr als 41.000.000,00 EUR Umsatz
 - mehr als 1.000 Arbeitnehmer
 auch wenn sie sonst nach Ziff. II.2.1. - II.2.3. zu veranlagten wären 10.000,00 EUR
 Sofern die Beitragsumlage mindestens 10.000,00 EUR beträgt, wird der Grundbeitrag auf 640,00 EUR festgesetzt.

Sind die Voraussetzungen mehrerer Staffeln gleichzeitig erfüllt, so kommt die nach dem Beitrag höchste Staffel zur Anwendung.

Bei Unternehmen, die den Betrieb von eigenen oder gecharterten Handelsschiffen im internationalen Verkehr zum Gegenstand haben, ist § 9 Nr. 3 Gewerbesteuergesetz auf die Kriterien Umsatz, Arbeitnehmer zur Beitragsfestsetzung nach II.2.4. a bis e sinngemäß anzuwenden.

- 2.5. Der Mindestgrundbeitrag ist als Jahresbeitrag unteilbar.
3. Als Umlagen sind zu erheben 0,19% des Gewerbeertrages, hilfsweise des Gewinns aus Gewerbebetrieb. Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage einmal um einen Freibetrag von 15.340,00 EUR für das Unternehmen zu kürzen. In Fällen, in denen laut Zerlegungsbescheid des führenden Finanzamtes nur Prozentanteile des Gesamtgewerbeertrages

auf den IHK-Bezirk entfallen, wird dieser Freibetrag mit dem gleichen Prozentanteil gewährt.

4. Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Jahr 2015.
5. Soweit ein Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, des Bemessungsjahres nicht bekannt ist, wird eine Vorauszahlung des Grundbeitrages und der Umlage auf der Grundlage des der Industrie- und Handelskammer zum Zeitpunkt des Erlasses des Beitragsbescheides vorliegenden Gewerbeertrages, hilfsweise des Gewinns aus Gewerbebetrieb, des jüngsten Kalenderjahres erhoben. Dies gilt entsprechend für die Bemessungsgrundlagen Umsatz und Zahl der Arbeitnehmer, soweit diese für die Veranlagung zum Grundbeitrag erheblich sind.

Soweit der Industrie- und Handelskammer kein Gewerbeertrag, hilfsweise Gewinn aus Gewerbebetrieb, vorliegt, der Zugehörige der Industrie- und Handelskammer jedoch seinen Gewerbeertrag bzw. Gewinn aus Gewerbebetrieb mitgeteilt hat, wird eine Vorauszahlung des Grundbeitrages und der Umlage auf der Grundlage des mitgeteilten Betrages erhoben. Dies gilt entsprechend für die Bemessungsgrundlagen Umsatz und Zahl der Arbeitnehmer, soweit diese für die Veranlagung zum Grundbeitrag erheblich sind.

Soweit von Zugehörigen der Industrie- und Handelskammer mit vollkaufmännischem Geschäftsbetrieb noch keine Bemessungsgrundlagen vorliegen, wird eine Vorauszahlung gemäß Ziff. II.2.2. erhoben. Soweit von Zugehörigen der Industrie- und Handelskammer, die nicht im Handelsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, keine Bemessungsgrundlagen vorliegen, kann eine Vorauszahlung des Grundbeitrages gemäß Ziff. II.2.1. erhoben werden. Dabei sind die Gewerbetreibenden in geeigneter Form zu befragen bzw. Schätzungen im Sinne § 162 AO vorzunehmen.

Als Vorauszahlung auf die Umlage werden 0,12 % des Gewerbeertrages, hilfsweise des Gewinns aus Gewerbebetrieb, erhoben.

Die endgültige Festsetzung und Abrechnung des Grundbeitrages und der Umlage erfolgt nach Vor-

liegen des Gewerbeertrages, hilfsweise des Gewinns aus Gewerbebetrieb, für das Bemessungsjahr.

Für die Erhebung von Beiträgen für rückwirkende Zeiträume gelten die Haushaltssatzungen/Wirtschaftssatzungen in der jeweils beschlossenen Fassung. Werden Beiträge für die Zeiträume vor dem Jahr 2002 endgültig veranlagt, werden diese ebenfalls in EURO berechnet. Berechnungsbasis ist dabei die jeweilige Haushaltssatzung des betreffenden Haushaltsjahres. Die in diesen Haushaltssatzungen festgestellten DM-Beträge werden nach dem gesetzlichen Umrechnungskurs (1,00 EUR = 1,95583 DM) und den vorgeschriebenen Umrechnungs- und Rundungsverfahren in EURO ausgedrückt. Durch die Währungsumstellung bedingt, können Rundungsdifferenzen auftreten.

III. Kredite

1. Investitionskredite
Für Investitionen können Kredite in Höhe von 200.000,00 EUR aufgenommen werden.
2. Kassenkredite
Zur Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft dürfen Kassenkredite bis zur Höhe von 200.000,00 EUR aufgenommen werden.

IV. Inkrafttreten

Diese Wirtschaftssatzung tritt zum 01. Januar 2015 in Kraft.

Rostock, den 24. November 2014
Industrie- und Handelskammer zu Rostock

gez. Claus Ruhe Madsen gez. Jens Rademacher
Präsident Hauptgeschäftsführer

Die vorstehende Wirtschaftssatzung wird hiermit ausgefertigt und in der IHK-Zeitschrift „WIR“ veröffentlicht.

Rostock, den 24. November 2014
Industrie- und Handelskammer zu Rostock

gez. Claus Ruhe Madsen gez. Jens Rademacher
Präsident Hauptgeschäftsführer

Wirtschaftsplan der IHK zu Rostock kann eingesehen werden

Der vollständige Wirtschaftsplan 2015 der Industrie- und Handelskammer zu Rostock kann nach vorheriger Terminabstimmung von den IHK-Zugehörigen bei der Hauptgeschäftsführung eingesehen werden.